

20.4.2020

Der 17jährige syrische Staatsangehörige Mohammed ist am 18.2.2020 in das Bundesgebiet eingereist. Der von ihm gestellte Asylantrag ist noch nicht bearbeitet. Nach welcher Rechtsordnung beurteilt sich die Geschäftsfähigkeit von Mohammed, wenn dieser

(a) in Syrien verfolgt wurde, weil er gegen Präsident Assad demonstriert hat

(b) Syrien verlassen hat, weil dort Bürgerkrieg herrscht.

Abwandlung zu (b): Mohammed's Asylantrag wurde abgelehnt. Ihm wurde jedoch durch Bescheid vom 20.4.2020 Schutz gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 3 AsylG bewilligt.

Hinweis: Die Kollisionsnorm, die Sie anwenden müssen, ist Art. 7 EGBGB, die hatten wir noch nicht.

4.5.2020

Der 17-jährige K, der in Salzburg (Österreich) lebt, kauft im Februar 2020 von seiner Lehrlingsentschädigung (entspricht der deutschen Ausbildungsvergütung) bei Händler V in Traunstein (Bayern) ein Kleinkraftrad für 4.000 EUR. K's Vater besitzt ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit. K's Mutter besitzt ausschließlich die österreichische Staatsbürgerschaft. K's Eltern waren bei dessen Geburt miteinander verheiratet. V hat sich über Wohnsitz und Staatsangehörigkeit des K keinerlei Gedanken gemacht und ist sehr erstaunt, als K's Eltern ihn auffordern, das Kleinkraftrad gegen Rückzahlung des Kaufpreises zurückzunehmen.

Wie ist die Rechtslage?

Hinweis: Österreichische Bundesgesetze finden Sie im Rechtsinformationssystem des Bundes: <https://www.ris.bka.gv.at/Bund/> unter „Bundesrecht“

11.5.2020

K kauft online auf dem "Marketplace" eines großen Onlinehändlers einen Laptop-Computer bei einer Firma namens "Eurocomp" und bezahlt mit Kreditkarte. Als das Gerät bei ihm eintrifft, ist er damit nicht zufrieden und übt sein Widerrufsrecht aus. Nach Rücksendung an die in der Widerrufsbelehrung bezeichnete Adresse in Bautzen erhält er wochenlang keine Erstattung des Kaufpreises und auch keine Antwort auf seine Nachfragen. Nun interessiert er sich erstmals dafür,

mit wem er eigentlich kontrahiert hat und stellt fest, dass unter der Firma "Eurocomp" folgende Gesellschaft handelt: European Computer Sales Inc (Hong Kong).

Nach Zustellung der von K gegen diese Gesellschaft erhobenen Klage auf Rückzahlung des Kaufpreises zum AG Bautzen meldet sich der in Bautzen wohnende deutsche Staatsangehörige V und teilt mit, er sei der director und einzige Gesellschafter der Beklagten und habe deren Geschäfte von seiner Wohnung in Bautzen aus geführt. Die Gesellschaft sei von ihm nach dem Recht von Hong Kong mit registriertem Sitz in Hong Kong wirksam gegründet worden, aber inzwischen im Company's Register von Hong Kong wegen Insolvenz gelöscht.

Gegen wen kann K seine Klage richten?

Variante: Wie ist zu entscheiden, wenn die Gesellschaft nach dem Recht von Malta gegründet worden war und der Sachverhalt sonst unverändert ist?

18.5.2020

Die Immobiliari Tedeschi S.A. mit (Satzungs- und Verwaltungssitz) in Napoli (Italien) möchte ein Hotel in Rügen von dem deutschen Staatsangehörigen Norbert Norddeich erwerben.

(1) Welches Recht bestimmt die Form des Kaufvertrages, wenn der Vertrag in Napoli geschlossen wird?

(2) Kann für die Form des Kaufvertrages italienisches Recht gewählt werden, wenn der Vertrag in Rügen geschlossen wird?

(3) Welches Recht bestimmt die Form des Eigentumserwerbs?

(4) Kann hierfür italienisches Recht vereinbart werden?

(5) Der Kaufvertrag wird von einem Notar in Rügen beurkundet. Hierbei wird die Immobiliari Tedeschi S.A. von dem Rechtsanwalt Ralf Redlich vertreten, der in Berlin seinen Kanzleisitz hat.

(a) Welches Recht bestimmt über die Wirksamkeit der dem Ralf Redlich von dem Alleinvertretungsberechtigten der Immobiliari Tedeschi S.A. erteilten Vollmacht?

(b) Welches Recht bestimmt, wer Vertretungsberechtigten der Immobiliari Tedeschi S.A. ist?

25.5.2020

K möchte von E dessen in Leipzig belegenes Hausgrundstück erwerben.

Anlässlich eines Geschäftsaufenthaltes gehen K und E in Zürich (Schweiz) zu einem dortigen Notar und lassen den Kaufvertrag samt Auflassung beurkunden.

Sind Kaufvertrag und Auflassung wirksam?

1.6.2020

R hat im November 2019 auf der deutschsprachigen Webseite der T Airways Inc, einer Fluggesellschaft thailändischen Rechts mit Sitz in Bangkok (Thailand) einen Urlaubsflug von München über Bangkok nach Kathmandu (Nepal) gebucht. Das Ticket wurde ausgestellt von der Niederlassung der Fluggesellschaft in München. Der Hinflug am 8.3.2020 ist perfekt. Der für den 23.3.2020 vorgesehene Rückflug wird von T Airways gestrichen, weil man wegen epidemiebedingtem Nachfragemangel sparen möchte. Zu einem Rückflug mit T Airways Inc kommt es auch in den folgenden Tagen nicht mehr, weil am 24.3.2020 der Flughafen von Kathmandu auf unbestimmte Dauer für die zivile Luftfahrt geschlossen wird, um einen Import des Erregers CO-Sars2 zu vermeiden.

(1) R fragt, welches Recht auf seine Erstattungs-, eventuell Schadensersatzansprüche wegen des ausgefallenen Rückflugs anwendbar ist.

(2) Unterstellt, die AGB der T Airways enthalten eine Rechtswahl vom Recht des Königreichs Thailand. Ist eine solche Rechtswahl kollisionsrechtlich zulässig?

(AGB-Recht bitte nicht prüfen)

PS: Seit wenigen Tagen hat der Fall auch eine interessante international-insolvenzrechtliche Komponente, die wir hier nicht behandeln.

8.6.2020

M mit Wohnsitz in Leipzig plant für den 1.7.2020 einen 4-tägigen "Forget Corona"-Kurzurlaub in Mallorca.

Auf der Webseite des Flugveranstalters X S.A. mit Sitz in Barcelona findet er zwei ihn interessierende Angebote

(1) Flug Berlin Tegel-Palma de Mallorca (Hin 1.7., Rück 4.7.) 199 EUR

(2) Flug wie vorstehend mit drei Übernachtungen inkl Frühstück im Hotel Playa de Sol 499 E

In den AGB der X S.A. findet M die Klausel: "Der Vertrag unterliegt spanischem Recht. Hat der Kunde keinen Wohnsitz in Spanien, so ist der gemein-spanische Código Civil anwendbar."

Da M auf einer Hotel-Webseite dasselbe Hotel für 3 Tage zu 249 EUR findet, fragt er Sie, aus Erfahrung im März klug geworden, welches Recht in beiden Alternativen bei Scheitern der Reise gegebenenfalls auf seinen Rückzahlungsanspruch gegen die X S.A. anwendbar ist.

15.6.2020

Der türkische Staatsangehörige K, der seit 10 Jahren in Leipzig lebt, erleidet im August 2019 auf der Rückreise von einem Urlaub in der Türkei nach Leipzig mit seinem in Deutschland zugelassenen Pkw in Klagenfurt (Österreich) einen Verkehrsunfall. Unfallgegner ist der seit 15 Jahren in Wien wohnende türkische Staatsangehörige X, der für seinen unfallbeteiligten Pkw bei der A Austria AG mit Sitz in Wien die gesetzlich verpflichtende Haftpflichtversicherung abgeschlossen hat.

K hat sich bei dem Unfall den Arm gebrochen. Die Parteien streiten, ob dem K, den kein Mitverschulden an dem Unfall trifft, die Betriebsgefahr seines Pkw zuzurechnen ist..

- Nach welcher Rechtsordnung beurteilen sich die Haftungsquoten, insbesondere die Berücksichtigung einer Betriebsgefahr?
- Nach welcher Rechtsordnung beurteilt sich die Höhe des Schmerzensgeldes?
- Nach welcher Rechtsordnung beurteilen sich die anzuwendenden Verkehrsregeln?

22.6.2020

Rechtsanwalt R, der seine Kanzlei in Dresden hat, hat bei der X GmbH mit Sitz in Leipzig per Telefax einen auf der Webseite der X-GmbH ausgewählten Computer für seine Kanzlei bestellt. Nach Lieferung erhält er die Rechnung, auf deren Rückseite die AGB der X-GmbH aufgedruckt sind.

Darin heißt es

2. Dieser Vertrag unterliegt dem Recht von California

7. Mängel der Kaufsache sind innerhalb von zwei Wochen nach Lieferung dem Verkäufer schriftlich mitzuteilen; teilt der Käufer einen Mangel nicht fristgemäß mit, so sind Ansprüche auf Gewährleistung wegen des Mangels ausgeschlossen.

Nach einem Monat fällt die Grafikkarte des Computers aus. R verlangt Nachbesserung. Die X-GmbH lehnt Gewährleistungsansprüche unter Hinweis auf Nr. 7 ihrer AGB ab. R möchte klagen, ist sich aber nicht sicher, ob die Klauseln 2 und 7 der AGB wirksam vereinbart sind; er weiß auch nicht, ob man im Recht von California AGB auf diese Weise vereinbaren kann.

Welches Recht ist auf die Wirksamkeit der Klausel 7 anwendbar?

29.6.2020

Der in Berlin lebende Deutsche D ist mit einem Mietwagen an seinem Urlaubsort in Bali (Indonesien) unterwegs. Er kollidiert mit dem in Innsbruck lebenden Österreicher O, der auf einem

in Bali gemieteten Moped unterwegs ist. O verklagt D auf Zahlung von Schmerzensgeld. Nach welchem Recht beurteilt sich der Anspruch.

Ändert sich etwas, wenn O ständig in Rosenheim (Oberbayern) lebt?

6.7.2020

Auf dem bei der Commerzbank Filiale Hamburg geführten Konto des in Hamburg lebenden H gehen am 10.6.2020 150.000 EUR ein. Als Auftraggeber weist die Überweisung einen dem H nicht bekannten David Denning, als ausführende Bank die Londoner Filiale der HSBC aus. Nach sechs Wochen fragt die Commerzbank bei H an, ob er der Rückerstattung an die HSBC zustimme; es handele sich um die fehlerhafte Durchführung eines Überweisungsauftrags. H teilt mit, er stimme nicht zu, denn er habe die Überweisung für einen Gewinn aus einem Online Casino gehalten, in der er öfter spiele und für den gesamten Betrag Aktien der Wirecard AG gekauft. Nach deren Insolvenzantrag sei er nun leider entreichert.

Nach welchem Recht beurteilt sich, ob H die 150.000 EUR an die HSBC erstatten muss?

13.7.2020

Der in München wohnende K kauft über eine online-Bestellung bei dem Ferrari-Händler F S.A. mit Sitz in Modena (Italien) einen Testarossa Baujahr 1986 zu 119.000 EUR. F S.A. sendet am 3.7.2020 eine Auftragsbestätigung in deutscher Sprache, in der es u.a. heißt: "Das Fahrzeug bleibt bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises Eigentum der F S.A."

Am 10.7.2020 wird das Fahrzeug mit einem Transporter von Modena nach München gefahren. Die Fahrstrecke verläuft von Modena über die Autostrada zum Brenner, bis Kufstein durch Österreich und sodann nach München.

K bezahlt den Kaufpreis nicht und verkauft und übereignet das Fahrzeug sogleich nach Eintreffen an den X, der von dem gesamten Vorgang Kenntnis hat.

Hat X Eigentum erworben?

Bitte gehen Sie davon aus, dass nach italienischem Recht das Eigentum grundsätzlich mit Abschluss des Kaufvertrages übergeht und dass ein Eigentumsvorbehalt an Kraftfahrzeugen nur zwischen den Kaufvertragsparteien wirkt und gegenüber Dritten nur wirksam ist, wenn er - was nicht erfolgt ist - im Kfz-Register (und sodann in den Kfz-Papieren) eingetragen wird.